

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

6. Sitzung 2022

Datum Montag, 24. Oktober 2022
Zeit 18.00 – 21.30 Uhr
Ort Stadtsaal

Vorsitz Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

36 Mitglieder des Einwohnerrats

Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin⁷
Fankhauser Salome (SP), Einwohnerrätin
Freiermuth Maja (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁵
Friderich Corina (Grüne), Einwohnerrätin⁵
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin
Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat^{6, 7}
Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat^{6, 8}
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat⁷
Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat⁶
Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat^{6, 8}
Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴
Hösli Viviane (SP), Einwohnerrätin
Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat²
Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁸
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat⁷
Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat
Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin^{6, 7, 8}
Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat⁴
Nauer Nadine (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
Plüss-Bernhard Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schürch-Meder Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}

Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Stenz Pascal (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 6}
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷ (bis 19.40 Uhr)
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁷
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat⁸
 Jordi Irma (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
 Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin
 Szedlák-Hagmann Stéphanie (EVP-Die Mitte)

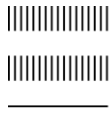
Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

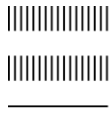
Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 14. November 2022 auf www.zofingen.ch
 Aktualisiert am 8. Dezember 2022 (Seiten 100 und 105)



Traktanden	Seite
1. <u>Mitteilungen</u>	96
2. <u>Kreditbewilligungen</u>	
ER.2022.038	96
Gemeindeschulhaus (GMS) – Verpflichtungskredit Aufstockung Pavillon	
ER.2022.039	99
Oberstufenzentrum (OSZ A) – Verpflichtungskredit Bau	
ER.2022.040	104
Bärenhubel – Verpflichtungskredit Inliner-Sanierung und Vergrösserung Kaliber	
3. <u>Parlamentarische Vorstösse</u>	106
ER.2021.194 (GK 194 [2018–2021])	
Motion von Tobias Hottiger (FDP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Änderung der Rechtsform des Seniorenzentrums in eine Aktiengesellschaft"; Bericht /Antrag Stadtrat	
4. <u>Umfrage</u>	112



Traktandum 1 – Mitteilungen

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Für die heutige Sitzung haben sich Adrian Borer (glp), Irma Jordi (Die Mitte), Silan Kunz (SP) und Stéphanie Szedlák-Hagmann (Die Mitte) entschuldigt.

Viviane Hösli (SP) tritt auf Ende der heutigen Sitzung aus dem Rat zurück.

Der Rat ist **mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. September 2022** wurde am 23. September 2022 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungsbegehren lief am 3. Oktober 2022 ab. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

In den Jahren 2024 und 2025 werden die Einwohnerratssitzungen im Juni, September und November um je eine Woche nach hinten verschoben. Die Daten wurden auf der Homepage der Stadt bereits angepasst.

Als **Tischauflage** liegen je ein Flyer des Kunsthhauses und von Fit4Digital auf.

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion von Salome Fankhauser (SP) betreffend "Prüfung und Änderung Rechtsform Seniorenzentrum Zofingen" (*zurückgezogen am 7. November 2022*)
- Postulat von Alice Sommer (Grüne) betreffend "Ein Klima-Masterplan 2040 für Zofingen"
- Postulat von Luc Zobrist (FDP) betreffend "Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens von Veranstaltungen"

Traktandum 2 – Kreditbewilligungen

ER.2022.038

Gemeindeschulhaus (GMS) – Verpflichtungskredit Aufstockung Pavillon

Eintreten ist nicht bestritten.

Claudia Schürch, Referentin FGPK

Die FGPK hat das Geschäft relativ kurz behandelt. Es ist unbestritten und die Empfehlung zur Annahme fiel einstimmig aus. Die vorgeschlagene Lösung ist effizient und trotz Direktvergabe mit verhältnismässigen Kosten realisierbar. Es wurde diskutiert, ob die Solaranlage selbst oder via StWZ betrieben werden soll. Der Entscheid zum Selbstbetrieb durch die Stadt konnte nachvollziehbar geklärt werden.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Dem angekündigten Zusatzantrag für die Umgebungsgestaltung wird nicht zugestimmt. Die Aussenraumgestaltung kann später vorgenommen werden. Eine spontane Umfrage unter Schülern hat ergeben, dass die heutigen Holzschnitzel sich bewähren.

Maja Freiermuth, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Das Geschäft wurde nicht gross diskutiert. Hingegen wurde die Notwendigkeit der Solarpanels diskutiert. Die Wirksamkeit ist gegeben, weshalb die Fraktion diesen zustimmt. Es ist jedoch unschön, dass man an den ehemaligen Ersteller gebunden ist, weil die Pläne fehlen. Künftig muss der Stadtrat darauf ein Auge haben. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Alice Sommer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion begrüsst die Aufstockung in Holzbauweise und den Bauzeitpunkt. Die PV-Anlage wird als lobenswert zur Kenntnis genommen. Den Anträgen stimmt die Fraktion entsprechend zu. Dass der Aussenraum unverändert bestehen bleiben soll, ist für die Fraktion unschön. Es werden bis zu 8 Klassen unterrichtet. Die Kinder brauchen inspirierenden Aussenraum im Freien. Es wird seitens der Grünen und der SP folgender Antrag gestellt:

Antrag

Für die Gestaltung der Umgebung des Pavillons GMS (Eingangsseite) sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 30'000, inkl. 7,7% MWST, zuzüglich Teuerung, zu bewilligen.

Dieser Kredit wird benötigt, weil die Unterstufenschülerinnen und -schüler es bevorzugen, ihre Pausen in unmittelbarer Nähe ihres Schulhauses zu verbringen. Ein Aussenraum eines Schulhauses ist auch Erlebnis- und Lernraum und ist ein weiteres Schulzimmer. Erst so erfüllt der aufgestockte Pavillon die Anforderungen des Lernplans 21. Die Gestaltung soll in einem partizipativen Prozess und mit Weitsicht auf die künftige Nutzung durch Kindergartenkinder erarbeitet und umgesetzt werden.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)

Die glp erachtet die Aufstockung als sinnvoll und pragmatisch. Seltsam angemutet haben die fehlenden Detailpläne bei der Stadt, aufgrund derer man an den bisherigen Ersteller gebunden ist. Für künftige Projekte sind solche Abhängigkeiten zu vermeiden. Es ist zu prüfen, ob auch bei anderen Bauten Pläne fehlen. Die PV-Anlage wird begrüsst. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Barbara Willisegger, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion heisst das Geschäft gut, die Aufstockung ist eine sinnvolle und wirtschaftliche Lösung. Auch die PV-Anlage ist sinnvoll. Dem Antrag der Grünen und der SP wird nicht zugestimmt. Es geht primär um die Aufstockung und nicht um die Umgebung. Es steht auf dem Areal GMS genügend attraktiver Aussenraum zur Verfügung. Gemäss Aussage von Kindern ist der bisherige Baumstamm beliebt. Ein zweiter Baumstamm sollte den vorgesehenen Kostenrahmen nicht sprengen.

Hans Rudolf Sommer, Fraktionsvotum (SP)

Die Aufstockung ist eine gute, platzsparende Lösung. Die Ausführung in Holz ist angebracht. Die PV-Anlage ist richtungsweisend und kann Anstoss für weitere Anlagen geben. Den Anträgen wird zugestimmt. Der Aussenraum soll mit dem gestellten Zusatzantrag attraktiv gestaltet werden.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts. Dass künftig wieder Projekte realisiert werden, bei denen die Baupläne nicht erhältlich sind, wird nicht mehr vorkommen. Seines Wissens gibt es keine weiteren solche Fälle, dies wird aber noch abgeklärt. Die PV-Anlage wäre auch ohne die aktuellen Preiserhöhungen wirtschaftlich gewesen. Nun wird sie sich noch schneller amortisieren. Die Anlage wird auf dem freien Markt beschafft. Zur Aussenraumgestaltung hat der Stadtrat zwar Freude, wenn er CHF 30'000 bekommt. Es wird aber auch so eine gewisse Aussenraumgestaltung gemacht. Wenn ein grösserer Baum gefällt werden muss, was absehbar ist, kann dieser ohne grösseren Aufwand zur Verfügung gestellt werden. Die gesamte Gestaltung der Aussenräume wird auch beim OSZ nochmals angesprochen.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Der Antrag der Grünen/SP, bei dem Geld gesprochen wird, ohne dass klar ist, wofür genau, sei zwar kritisch zu beurteilen. Er bittet aber darum, dem Antrag zuzustimmen. Die Aussenräume könnten attraktiver gestaltet sein. Mit diesem relativ kleinen Projekt kann ein Versuch für eine Optimierung gemacht werden. Es sind verschiedene Player involviert. Was ist mit der Schützenwiese? Auch die Polizei könnte involviert sein, bezüglich Sicherheitsbedürfnisse. Es besteht die Chance, dem Stadtrat die Aufgabe zu geben, diese Aussenraumgestaltung zu moderieren, die Partizipation zu üben und letztlich ein Konzept zu erstellen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die CHF 30'000 sind eine Obergrenze. Diese muss nicht ausgeschöpft werden. Wir bewegen uns in einem Schulraum. Der Lead sollte bei der Schule sein. Es ist nicht gemacht damit, den Schulhausplatz als Totholz-Depotplatz zu nutzen. Er übergibt dem Stadtrat das Buch "Gärten für Kinder". Es sei ein hervorragendes Buch, wie man solche Projekte partizipativ gestalten könnte.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Hat zwei Fragen zum Aussenraum: Das Kornhaus soll künftig nicht mehr als Kindergarten genutzt werden. Es hat dort einen grossen Spielplatz. Wie ist die zeitliche Strategie für das Kornhaus? Wie ist das Bedürfnis von Kindergärtnern vs. Primarschülern? Es wäre sinnvoll, mit dieser Investition zuwarten, bis klar ist, welche Schulstufe Hauptnutzer sein wird.

Andreas Rüegger, Vizeammann

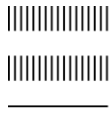
Zu Michael Wacker: Der Baum wird von der Schule ausdrücklich gewünscht.

Zu Andrea Plüss: Die Umnutzung soll, in Abhängigkeit zu den Schulhausbauten, relativ schnell ca. 2027/2028 erfolgen. Wir sind momentan aber noch etwas blockiert durch die ausstehenden Entscheide zur Musikschule und zur Tagesschule. Deshalb kann ein verbindlicher Zeitplan für den Wechsel aus dem Kornhaus heraus noch nicht genannt werden. Solange muss die Handlungsfreiheit erhalten bleiben.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Die FDP/ZM-Fraktion befürwortet solche Anträge. Es wäre schön, wenn wir uns wieder einmal um unsere Spielplätze und Pausenplätze kümmern würden. Diese sind nicht mehr kinder- und jugendfreundlich. Der heutige Antrag mit den CHF 30'000 haben aber keine Grundlage. Kurzfristig nutzt die Schule dies, mittelfristig die Kindergärten und langfristig soll der Pavillon abgebaut werden. Die Fraktion lehnt den Zusatzantrag ab.

Detailberatung. Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmungen

1. Für die Aufstockung des Pavillons Gemeindeschulhaus (GMS) sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'412'000, inkl. 7,7 % MWST, zuzüglich allfälliger Teuerungen, zu bewilligen.

Dem 1. Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Für die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Pavillons GMS sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 95'000, inkl. 7,7 % MWST, zuzüglich allfälliger Teuerungen und exkl. Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem 2. stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Für die Gestaltung der Umgebung des Pavillons GMS (Eingangsseite) sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 30'000, inkl. 7,7 % MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Der Antrag wird mit 15:19 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

ER.2022.039

Oberstufenzentrum (OSZ A) – Verpflichtungskredit Bau

Eintreten ist nicht bestritten.

Claudia Schürch, Referentin Spezialkommission

Seit der letzten ER-Sitzung zu diesem Geschäft hat die Spezialkommission die Vorlage in zwei Sitzungen beraten. Der Einbezug der Lehrerschaft wurde diskutiert. Bei den Lehrern ist das Projekt nicht überall gut angekommen. Die Diskussionen wurden konstruktiv geführt. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass die Lehrerschaft gut einbezogen wurde. Die Anwohnenden wurden ebenfalls einbezogen. Das Verkehrskonzept steht diesbezüglich im Vordergrund, weniger der Bau. Das Verkehrskonzept wird nachträglich gesamtheitlich noch erstellt. Der Bau beeinträchtigt diese Arbeiten nicht und ist offen für alle Varianten des Konzepts. Auch die Standortfrage wurde in der Kommission nochmals diskutiert, aber nicht mehr vertieft geprüft. Der Aussenraum war ebenfalls ein Thema. Diesbezüglich bestehen Abhängigkeiten zum Verkehrskonzept. Die PV-Anlage wurde ebenfalls diskutiert. Die Erstellung durch die Stadt selbst ist sinnvoll, um die Anlage auf die Nutzung abstimmen zu können. Auch die Teuerung sowie die Baustellensicherung wurden diskutiert. Wichtig wird ein gutes Controlling und der Einbezug der Stakeholder im Nutzendengremium sein. An der zweiten Sitzung hat die Kommission bei zwei Abwesenden das Geschäft einstimmig zur Annahme empfohlen.

Béatrice Zinniker, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Das Projekt hat eine lange und bewegte Vorgeschichte. Die Fraktionen waren via Spezialkommission eingebunden. Die Fraktion hofft, dass frühere Bedenken ausgeräumt sind. Das Projekt sieht eine etappierte Realisation vor. So kann zeitgerecht auf Entwicklungen reagiert und die grosse Investitionssumme verteilt werden. Teilweise zu Kritik geführt hat, dass das Verkehrskonzept noch nicht vorliegt. Es wird auch bis zur Volksabstimmung nicht vorliegen. Die Fraktion erwartet eine für alle akzeptable Lösung. Im Vorfeld zur Volksabstimmung erwartet die Fraktion, dass dieser Punkt aufgenommen wird. Der Kreditrahmen ist inkl. Teuerung bis April 2022. Es ist mit wesentlichen Mehrkosten aufgrund der Bauteuerung zu rechnen.

Umso mehr muss sichergestellt werden, dass der heutige Planungsrahmen eingehalten und Mehrkosten aufgrund von Sonderwünschen vermieden werden. Es ist unerlässlich, dass der Stadtrat die sorgfältige und kostenbewusste Auftragsvergabe eng begleitet und eine enge Kostenkontrolle vornimmt.

Attila Gygax, Fraktionsvotum (glp)

Endlich können wir über das Projekt abstimmen. Es ist lange gegangen und kostet einen Haufen Geld. Wir stimmen heute über den ersten Teil eines Generationenprojekts ab. In absehbarer Zeit werden wir über das Verkehrskonzept abstimmen. In ein paar Jahren wird das OSZ B folgen. Für die Fraktion ist das vorliegende Projekt zukunftsfähig. Die Schul- und Turnräume werden benötigt. Es gibt Räume mit flexiblen Nutzungen. Die Fraktion stimmt dem Antrag überzeugt zu. Dem Stadtrat wird bezüglich Optimierungspotenzial das Thema Verkehr mitgegeben. Die Situation bei der Schützenstrasse ist heute schon katastrophal. Es sollten um die Mittagszeit Beobachtungen gemacht werden. Schon länger besteht ein Missstand diesbezüglich. Das Siegerprojekt ist seit drei Jahren bekannt. Es ist deshalb nicht ganz verständlich, dass das Verkehrsprojekt noch nicht bereit ist, auch wenn die Aufspaltung in ein Hochbau- und ein Tiefbauprojekt verständlich ist. Die Situation, die heute besteht, mit einem Projekt in eine Volksabstimmung zu gehen, ohne die Verkehrssituation auch transparent darzulegen, ist einfach ungenügend.¹ Die Fraktion erwartet, dass beim Verkehrsprojekt der Turbo gezündet wird, damit es vor der Volksabstimmung kommuniziert werden kann. Der Einwohnerrat ist in der Verantwortung, eine zukunftsfähige Gesamtlösung zu beschliessen. Beim Controlling bestehen gute Erfahrungen mit der bisherigen Controllinggruppe. Das Projekt dauert einige Jahre. Ob die heute gut besetzte Gruppe in ein paar Jahren auch noch so gut besetzt ist, ist offen. Der Stadtrat soll sich ein zukunftsfähigeres und weitsichtigeres Modell überlegen, wie eine konstante Kontrolle intern und eventuell zusätzlich auch extern sichergestellt werden kann. Im Projekt sind ca. CHF 7 Mio. Reserven und Teuerung enthalten. Zwischen Reserven und Teuerung muss gut unterschieden werden. Hier erwartet die Fraktion ein besseres Modell.

¹Ergänzt auf Antrag Attila Gygax mit Zustimmung Büro ER

Karin Burkard, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Planung ist seit der letzten Abstimmung im Rat verfeinert worden. Die Vorlage ist nachvollziehbar. Seit Sommer arbeitet eine Nutzerkommission, welche einige Unklarheiten ausräumen konnte. Die Bedürfnisse des Lehrplans 21 sind berücksichtigt. Es gab eine weitere Informationssitzung für die Anwohnenden. Die Fraktion begrüsst diesen partizipativen Prozess. Die PV-Anlage mit Wärmepumpe und die Holzfassade wird positiv gewertet. Ansprechen will die Fraktion die Verkehrssituation, welche bis heute nicht geklärt ist. Dies muss bis zur Abstimmung im nächsten Jahr nachgeholt werden. Ein Teil einer geschützten Hecke muss einem Basketballfeld weichen. Gibt es da keine Optionen? Die Fraktion nimmt es als Versprechen, dass der Grünraum im Angriff genommen wird, sobald alle Details, auch mit dem OSZ B, geklärt sind. Das bestehende Bez-Gebäude soll nochmals geprüft werden. Einfach eine nackte Zahl zu Renovation/Umbau ist nicht genügend nachvollziehbar und transparent. Es soll eine genaue Gegenüberstellung gemacht werden. Bis zur Abstimmung braucht es das Verkehrskonzept und die gesamtheitliche Planung auf dem Areal. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion stimmt dem Geschäft mit seiner sehr langen Vorgeschichte zu. Es ist ein nachhaltiges, zukunftsträchtiges Projekt. Die Vorgeschichte hat zu umfangreichen Papieren und langen Diskussionen geführt. Die Marschhalte haben dem Projekt gutgetan. Die Fraktion spricht sich klar für den Verpflichtungskredit der ersten Etappe aus. Bei der Gestaltung des Aussenraums hat sich die Frak-

tion die Frage gestellt, wieso ein bestehender Mergelbelag ersetzt werden soll. Was ist mit Grünbereich oder Gehölz gemeint? Die SP hat noch Wünsche. Sie wünscht sich bezüglich Verkehr, dass es schnell vorwärtsgeht und gut zugehört wird. Vor der Volksabstimmung sollte mehr gesagt werden können. Die zweite Etappe soll zeitnah und partizipativ angegangen werden.

Markus Gfeller, Fraktionsvotum (SVP)

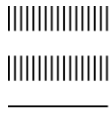
Auch die SVP wird dem Kredit zustimmen. Vor fünf Jahren lag der erste Planungskredit auf dem Tisch. Damals lag ein 25-Mio.-Projekt vor. Seither ist vieles gelaufen. Für die SVP ist entscheidend, dass die beiden Nachbargemeinden nach Zofingen kommen. Zudem liegt inzwischen mehr Klarheit bezüglich Schülerzahlen vor. Und schliesslich gibt es eine Absichtserklärung zum Umgang mit der Bez. Die Fraktion hält dazu fest, dass der Bau ersetzt werden soll. Der Stadtrat muss dieses Ziel weiterverfolgen. Der Denkmalschutz darf nicht über die Bedürfnisse der Nutzenden und die Kosten gestellt werden. Die Schützenstrasse muss offenbleiben, egal wie die Lösung für die Elterntaxis aussieht. Die PV-Anlage für den Eigenbedarf ist richtig, ebenfalls die Erstellung durch die Stadt selber. Bei den Baukosten wird angemerkt, dass die Teuerungsentwicklung auch gilt, wenn die Teuerung wieder rückläufig sein wird, was durchaus möglich ist. Über die Reserven muss den politischen Gremien Rechenschaft abgelegt werden. Es steht der Stadt gut an, wenn das lokale Gewerbe berücksichtigt wird. Bei der Ausschreibung soll dieses Argument der Regionalität berücksichtigt werden. Es ist ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion unterstützt den Antrag. In der Fraktion gab es wenig Diskussion. Das Raumkonzept wurde weiter optimiert, die Lehrerschaft wurde einbezogen, die Aufstockung ist unbestritten und der Standort wurde mehrfach geprüft. Es ist für die Fraktion in Ordnung, dass die Verkehrssituation in einem nächsten Schritt angeschaut wird.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Dankt für die positiven Wortmeldungen. Endlich kann über das Projekt abgestimmt werden. Es liegen lange Planungsschritte hinter uns. Auf notwendige Entscheide musste lange gewartet werden. Auch seinem Vorgänger, Hans-Martin Plüss, gilt sein Dank. Er hat wesentliche Pflöcke eingeschlagen und den Weg vorgespurt. Das Projekt ist zukunftsgerichtet und erlaubt eine weitere Projektierung mit der nötigen Flexibilität. In einer zweiten Etappe (OSZ B) kann flexibel auf die künftigen Bedürfnisse der Schule reagiert werden. Die Planung wird zum richtigen Zeitpunkt angegangen. Das wird kurz vor dem Abschluss der Realisierung des OSZ A der Fall sein. Der Verkehr ist ein wichtiges Thema. Es ist tatsächlich unschön, dass das Verkehrskonzept erst nachträglich kommt. Wir machen das Beste daraus. Es kann aber auch eine Chance sein, wenn die Stakeholder in einem partizipativen Prozess abgeholt werden können, wenn das Bauprojekt klar ist. Es macht auch Sinn, den Gesamtperimeter anzuschauen, nicht nur die unmittelbare Umgebung des Baus mit den Parkplätzen. Es braucht Lösungen, hinter denen die Nutzenden und die Anwohnenden stehen können, ebenfalls das Militär. Dies wird nicht auf die Volksabstimmung hin reichen. Die entsprechenden Gelder für den Strassenbau müssen im Finanz- und Investitionsplan noch eingestellt werden. Das Controlling wird direkt mit der Ausschreibung beginnen. Einsparungen und Optimierungen werden jetzt, in der Detailplanung, getroffen, nicht erst während des Baus. Der Stadtrat wird regelmässig über das Controlling orientiert. Auch die FGPK kann bei Bedarf informiert werden. Bei bisherigen Hochbauprojekten hat das Controlling gut funktioniert. Ein direktes, externes Controlling ist nicht vorgesehen. Dem Controlling wird aber ein noch höheres Gewicht als früher beigemessen, inkl. einer externen Unterstützung. Die Regionalität kann im Beschaffungsrecht nur beschränkt beigezogen werden. Der Stadtrat wird aber den zulässigen Spielraum ausreizen, insbesondere im Freihandverfahren. Die geschützte Hecke darf aus rechtlicher Sicht gerodet werden. Ersatzpflanzungen sind zulässig. Der



Platz beim OSZ ist eng. Die Hecke muss dem Basketballplatz weichen. Der Aussenraum wird aber sehr gut angeschaut. Sobald die Verkehrsplanung und die Planung zum OSZ B vorliegen, wird der Aussenraum gesamthaft geplant. Es wird nur einheimisches Gehölz gepflanzt. Steingärten wird es nicht geben. Wir haben das Fachpersonal in der Stadt, zudem die Natur- und Landschaftskommission. Die Bevölkerung wird über den Kredit befinden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die FGPK wurde im Zusammenhang mit dem Controlling angesprochen. Das Thema wird nochmals vertieft angeschaut werden. Beim Trottenweiher gab es damals ein Debakel. Beim Seniorenzentrum wurde ein externes Controlling verlangt, was aber gescheitert ist im Einwohnerrat. Es hat sich nun gezeigt, dass auch ein internes Controlling funktioniert und günstiger ist. Es muss aber konsequent gemacht werden. Beim Bahnhofplatz hat es aber offensichtlich nicht funktioniert. Vermutlich wurde dies nicht in der gleichen Konsequenz durchgezogen wie früher. Es ist also kein Wunsch, sondern eine Empfehlung resp. ein Auftrag an den Stadtrat, das Controlling wirklich durchzuziehen. Dies nicht nur als Qualitätscontrolling, sondern vor allem als Kostencontrolling. Es wurde beim Vorprojekt massiv lobbyiert. Das ist legitim. Bei der Umsetzung muss der ansehnliche Kredit nun aber sorgfältig gehandhabt werden. Weiteren Begehrlichkeiten darf nicht Raum gegeben werden. Als Präsident der FGPK nehme ich das Angebot für regelmässige Informationen gerne an.

Peter Siegrist, Stadtrat

Beim Bahnhofplatz gab es Versäumnisse; dies wird künftig nicht mehr vorkommen. Es liegt eine Investition in die Zukunft vor. Das heisst aber auch, dass man in Zukunft vielleicht den involvierten Stellen weniger Aufträge geben sollte. Zeit und Geld hängen eng zusammen. Wichtig ist, dass die Umsetzung möglichst schnell geschehen kann.

Yolanda Senn, Einwohnerrätin

Das Projekt hat eine wahrlich lange Geschichte hinter sich. Ich bin nicht gegen den Bau eines Schulhauses. Ich bin gegen dieses Geschäft. Der Standort wurde nicht gut genug angeschaut. Bei solch hohen Ausgaben muss es aus dem Rat eine Gegenstimme geben. Dafür stelle ich mich gerne zur Verfügung.

Andreas Rüegger, Vizeammann

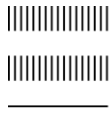
Zum Thema Fortbestand der Bez wurde bereits in der früheren Kreditvorlage für den Planungskredit erwähnt, dass das Gebäude für den Stadtrat zur Disposition steht. Es ist eine Energieschleuder sondergleichen und nicht sinnvoll sanierbar. Dies wird gegenüber den kantonalen Behörden so deponiert. Das Thema Unterschutzstellung der Bez ist noch nicht so alt. Es konnte entsprechend noch nicht an die Hand genommen werden. Die Planung der kommunalen Schutzobjekte ist angelaufen, aber noch länger nicht beschlussreif.

Ronni Koechlin, Einwohnerrat

Gibt bekannt, dass er bei der Abstimmung aufgrund seines Arbeitgebers in den Ausstand tritt.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

In Ennetbaden ist aktuell ein Schulhaus für 20 Mio. in Bau. Radio SRF hat im Regionaljournal einen Bericht gemacht, indem Nutzende befragt wurden. Er legt dem Stadtrat nahe, den dort erläuterten partizipativen Weg zu beschreiten. Beim Bezirksschulhaus wird einfach davon gesprochen, dass es abgerissen werden müsse. Es wurden dazu aber noch keine Fakten präsentiert. Die Bauwirtschaft ist der grösste Abfallproduzent der Schweiz. Ein Neubau emittiert immer mehr CO₂ als eine Renova-



tion. Es kommt auch niemand auf die Idee, die Altstadt oder das GMS abzureissen. Es braucht seriöse Abklärungen auch bezüglich einer möglichen Renovation. Wenn man sieht, dass es nicht zu retten ist, kann immer noch ein Entscheid für einen Abbruch gefällt werden.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Beschlossen ist noch gar nichts. Das Thema graue Energie etc. ist bestens bekannt. Das Gebäude steht im aktuellen Zustand zur Disposition. Nach heutigen Erkenntnissen ist es nicht sanierbar.

Detailberatung

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Anmerkung zu IV, 8.1: Es wird die Nutzungsqualität hervorgehoben. Wichtig ist, dass funktionale Elemente verbaut werden, nicht, dass sich ein Architekt verausgabt. Der Nutzen muss im Vordergrund stehen, nicht das Design.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Der Hinweis wird selbstverständlich aufgenommen. Es wurden bereits derartige Optimierungen vorgenommen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

VI: Zum Verkehrskonzept Schützenstrasse wird ausgeführt, dass dieses im Sept. 2022 dem Stadtrat vorgelegt wird. Gleichzeitig höre ich die Aussage, dass man bis zur Volksabstimmung noch nichts sagen könne. Das Thema ist in der Bevölkerung sehr wichtig.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Wir sind uns bewusst, dass das Verkehrskonzept so schnell als möglich erarbeitet werden muss.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das Ressort hat im Mai den Auftrag erhalten. Das Konzept wird auswärts vergeben. Die möglichen Büros sind sehr gut ausgebucht, was zu gewissen Verzögerungen führt. Letzten Freitag konnten wir einen ersten Entwurf sichten, der aber noch zu verfeinern ist. Das überarbeitete Konzept sollte Anfangs November vorliegen. Es wird viel mehr umfassen als nur die Schützenstrasse. Der Perimeter wird weiter gefasst, um eine Gesamtsicht zu erreichen. Der Stadtrat wird anschliessend Grundsatzbeschlüsse fassen und das Projekt weiterverfolgen. Der Einbezug der Anwohnenden wird ebenfalls noch zum Beschluss stehen.

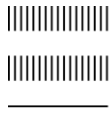
Attila Gygax, Einwohnerrat

Es wurde mehrfach gesagt, dass das Konzept partizipativ erstellt werden soll. Nun heisst es, dass die Partizipation noch nicht beschlossen sei. Was gilt nun?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Stadtrat ist sich einig, es besteht aber noch kein Beschluss. Es liegt auf der Hand, dass wir das partizipativ machen werden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmung

Einwohnerrat Ronni Koechlin befindet sich im Ausstand (Mitarbeiter einer am Projekt beteiligten Unternehmung).

Für die Realisierung des Bauvorhabens "Oberstufenzentrum (OSZ A)" sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 43'650'000, zuzüglich allfälliger Teuerung ab 1. April 2022 und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 33:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

ER.2022.040

Bärenhubel – Verpflichtungskredit Inliner-Sanierung und Vergrösserung Kaliber

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker, Referent FGPK

Die Vorlage gab in der FGPK nicht zu grossen Diskussionen Anlass und sie empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme. Das Projekt muss gemacht werden, Alternativen gibt es keine. Die Projektkosten basieren auf Erfahrungswerten mit der Hoffnung, dass die Abrechnung günstiger ausfällt. Der Baustellenbereich ist teilweise im Schulwegbereich. Auf die Sicherheit und die Begehbarkeit ist grossen Wert zu legen.

Attila Gygax, Fraktionsvotum (glp)

Das Geschäft wurde nicht gross diskutiert und wird unterstützt. Gewisse Fraktionsmitglieder werden sich in Zukunft überlegen, auch mal nein zu stimmen. Wir haben einmal mehr eine Punktlandung zum Investitionsplan. Welche Erkenntnisse sind neu, seit der Investitionsplan gemacht wurde? Im vorliegenden Projekt ist keine Teuerung eingerechnet. Der Baukostenindex Tiefbau weist vergleichbare Werte wie beim Hochbau aus. Die FGPK wird gebeten, sehr genau hinzuschauen, was zwischen Investitionsplanung und Zeitpunkt des Geschäfts geschieht, was für Kosten ausgewiesen werden und insbesondere, ob Luft in den Krediten besteht.

Corina Friderich, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion stimmt dem kostengünstigen Projekt zu. Dort, wo die Strasse geöffnet werden muss, wäre eine T30-Umgestaltung mit Strassenraumverkleinerung und einer Begrünung schön. Dies soll künftig bei solchen Projekten mit einfließen.

Ronni Koechlin, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP stimmt dem Geschäft zu.

Nadine Nauer, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Notwendigkeit des Projekts ist auch für die EVP-Die Mitte unbestritten. Der Durchgangsverkehr muss immer geregelt sein, die Anwohnenden informiert.



Salome Fankhauser, Fraktionsvotum (SP)

Das Geschäft hat zu keinen grossen Diskussionen geführt. Die Sanierung ist notwendig. Die Erläuterung der Kosten ist nachvollziehbar. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Dankt für die positiven Rückmeldungen und das Vertrauen. Das Thema Schulwegsicherheit wird adressiert. Das Thema T30 hat mit der Kanalisation an sich nichts zu tun. In Zofingen entstehen die T30-Zonen in der Regel aufgrund von Wünschen aus den jeweiligen Quartieren. Beim Bärenhubel wurde ein entsprechendes Vorhaben von den Anwohnenden schon einmal abgelehnt, auch wenn die verkehrlichen Verhältnisse T50 nicht mehr rechtfertigen.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Ich wiederhole gerne meine Frage: Gibt es neue Erkenntnisse seit Erstellung des Investitionsplans?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Nein, die Zahlen basieren auf Erfahrungswerten.

Detailberatung

Attila Gygax, Einwohnerrat

Ist es korrekt, dass die im Antrag erwähnte Teuerung per heute zählt?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Teuerung gilt ab dem Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage. Das ist ungefähr ein halbes Jahr her.²

²Ergänzt auf Antrag Attila Gygax mit Zustimmung Büro ER

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Zu II: Wurde der Zustand des Kanals des Stadtbachs geprüft?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Stadtbach gehört nicht zu diesem Projekt. Es wurde nur die Kanalisation angeschaut. Der Stadtbach ist in diesem Bereich nicht sanierungsbedürftig.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Welches Datum gilt bezüglich Teuerung? Nicht ungefähr.³

³Ergänzt auf Antrag Attila Gygax mit Zustimmung Büro ER

Christian Nöthiger, Präsident

Es gilt nach Rücksprache mit dem Ratssekretär das Datum der Vorlage, also der 31. August 2022.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

1. Für die Inliner-Sanierung im Gebiet Bärenhubel sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 389'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem 1. Antrag des Stadtrats wird mit 34:0 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. Für die Kalibervergrößerung Obere Rebbergstrasse/Bärenhubelstrasse sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 465'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem 2. Antrag des Stadtrats wird mit 34:0 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 3 – Parlamentarische Vorstösse

ER.2021.194 (GK 194 [2018–2021])

Motion von Tobias Hottiger (FDP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Änderung der Rechtsform des Seniorenzentrums in eine Aktiengesellschaft"; Bericht /Antrag Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, Referent FGPK

Das Geschäft weist eine lange Vorgeschichte auf, auch wenn es nicht um viel Geld geht. Zu diesem Thema wurden seit 2017 verschiedene Vorstösse eingereicht. Die verschiedenen Anträge zeigen, dass die Motion von Tobias Hottiger nicht nur eine Folge der Führungsmängel im Seniorenzentrum war. Das Seniorenzentrum ist heute gut auf Kurs. Es wurde ein strategisches Leitungsgremium eingesetzt, welches in einer Eigentümerstrategie festgehalten ist. Das Gremium wurde nach Fachkriterien zusammengesetzt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass das Gremium die beste Organisationsform darstellt. Es können Synergien mit der Stadtverwaltung genutzt werden. Der Stadtrat ist nicht gleicher Meinung wie der Einwohnerrat, weshalb er einen negativen Antrag stellt. Die FGPK hat den Antrag kontrovers diskutiert. Der Antrag sei verwirrt und eine politische Provokation, aber auch ehrlich. Die Motion ist ein Auftrag zur Bildung einer AG, wurde mit einer 2/3-Mehrheit überwiesen und kann nicht zurückgezogen werden. Der Stadtrat hat das Gespräch mit dem Motionär leider nicht gesucht. Das Führungsgremium erfüllt schon einen Teil der Grundabsicht des Motionärs, weg von der Ressortführung hin zu einem Führungsgremium. Dieses kann vom Stadtrat aber jederzeit angepasst oder aufgelöst werden. Für eine Institutionalisierung wäre aber ein politischer Vorstoss notwendig. Bei der Kostenfrage sind die Liegenschaften das zentrale Element. Wenn Sie weiterhin der Stadt gehören, entstehen für die Stadt keine Kosten. Die Höhe der Kosten entscheidet auch über eine allfällige Volksabstimmung. Die Detailfragen würden in einem nächsten Schritt mit einem Projektierungskredit geklärt. Wegen der negativen Formulierung des Antrags muss nein stimmen, wer eine Umwandlung möchte. Weitere Kosten sind wahrscheinlich. Der Umsetzungskredit folgt später. Die FGPK empfiehlt mit 1:5 (ja/nein) den Antrag des Stadtrats abzulehnen.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum (FDP)

Die Vorgeschichte wurde korrekt zusammengefasst. Das Postulat der damaligen dynamischen Mitte verlangte die Überprüfung der Rechtsform des Seniorenzentrums. Trotz ablehnender Haltung des Stadtrats folgte eine Überweisung. Die vorliegende Motion zur Umwandlung in eine AG folgte letztes Jahr und wurde ebenso gegen den Willen des Stadtrats überwiesen. Die Geschichte zeigt, dass sich der Stadtrat in dieser Sache nicht so sehr bewegen will, obwohl er eine Mehrheit des Parlaments gegen sich hat. Formaljuristisch ist das Vorgehen korrekt, politisch aber etwas unschön. Partizipation sollte eigentlich auch gegenüber dem Parlament gelten. Eine Diskussion am runden Tisch wäre gewünscht gewesen. Nun haben wir eine gewisse Konfrontation und können hier diskutieren, was auch schön ist in einem Parlament. Die Fraktion ist für eine konstruktive Lösung zu haben. Die Motion sei zu eng gefasst. Diese Kritik nehme ich entgegen. Aus diesem Grund stelle ich einen Abänderungsantrag zu diesem Sachgeschäft. Es geht darum, dass statt nur der AG generell juristische

Personen geprüft werden, wie z. B. eine Stiftung. Damit hoffe ich, zeigen zu können, dass es nicht nur um eine Rechtsform geht, sondern um die weitere Professionalisierung der Führung. Mein Dank gilt den Mitarbeitenden und der Führung des Seniorenzentrums. Dass wir so viel über das Thema diskutieren, ist überhaupt keine Kritik an der Arbeit der Mitarbeitenden. Es geht um die optimale organisatorische Aufstellung des Seniorenzentrums. Ich bitte den Rat um Zustimmung zum Antrag der FDP.

Michael Wacker, Fraktionsvotum (SP)

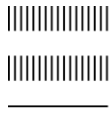
Ohne genaue Kenntnis des Wortlauts des Antrags Hottiger halte ich meinen Vortrag wie vorbereitet. Die Motion war dürftig formuliert und zielte einzig auf die Gründung einer AG ab. Im Rahmen der Debatte konnte der Wortlaut nicht abgeändert werden. Die entstehenden höheren Kosten würden auf die Pensionstaxen umgelegt. Im Vergleich zur StWZ oder der Weiterbildung Zofingen AG geht es hier um die Menschenwürde und um bezahlbare Taxen. Die Bewohnenden sind immer noch Steuerzahlende. Die Botschaft des Stadtrats ist ebenso dürftig. Sie weist wenig neue Erkenntnisse aus, wie z.B. das Leitungsgremium und die Eigentümerstrategie. Hinweise auf andere Rechtsformen gibt es keine. Es wird ein zweistufiges Umsetzungsverfahren aufgezeigt. Die SP ist grundsätzlich nicht gegen eine andere Rechtsform, resp. gegen die Überprüfung anderer Rechtsformen. Sie ist aber gegen eine AG. Mögliche Rechtsformen wären die heutige Form eines Eigenwirtschaftsbetriebs, ein Verein, eine Genossenschaft, Stiftungen, gemeinnützige oder gewinnorientierte Aktiengesellschaften und seit 2019 eine kommunale Anstalt (§ 3 Gemeindegesetz AG). Insbesondere die Gemeindeanstalt wäre vertieft zu überprüfen. Sämtliche Rechtsformen haben ihre Vor- und Nachteile. Zielführend ist, die richtige Rechtsform zu wählen, welche auf diesen Betrieb zugeschnitten ist. Dafür braucht es eine breite Auslegeordnung. Diese Auslegeordnung ist bis heute nicht geschehen, was der engen Motion geschuldet ist. Wir sind in einer Sackgasse mit der Wahl zwischen Eigenwirtschaftsbetrieb und AG. Die SP hat sich entschieden, eine Ergänzungsmotion einzureichen, welche Bezug auf die bisherige Motion nimmt. Die Motion fordert, alle Rechtsformen abzuklären. Auf Dringlichkeit wurde verzichtet, um dem Stadtrat nicht sofort eine andere Motion aufs Auge zu drücken, zu der er sich nicht Gedanken machen kann. Die SP erwartet eine Traktandierung zur Überweisung an der November-Sitzung. Stand 17. Oktober sagt die SP zum stadträtlichen Antrag einstimmig ja.

Nadine Nauer, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Das Geschäft wurde in der Fraktion intensiv diskutiert. Zentral ist, dass das Seniorenzentrum von den politischen Prozessen und der Verwaltung losgelöst wird. Der Stadtrat soll verschiedene Rechtsformen prüfen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen im Endeffekt entscheiden können. Die Fraktion ist einstimmig gegen den Antrag des Stadtrats.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

Die glp ist von der Schaffung einer AG nach wie vor überzeugt, auch wenn sie andere Rechtsformen nicht ausschliesst. Sie will die beste Alternative für Zofingen. Die glp erkennt die Verbesserung durch die Einsetzung des Führungsgremiums. Die glp will mit der AG nicht das Führungsthema lösen, sondern die Governance verbessern, den unternehmerischen Spielraum vergrössern, den Stadtrat von der Führungsaufgabe entlasten und eine langfristige Lösung schaffen, die von personellen Wechseln im Stadtrat unabhängig ist. Stand heute kann der Stadtrat das Leitungsgremium auflösen und zur Ressortführung zurückkehren. Aus früheren Diskussionen wissen wir, dass zu viel Arbeit beim Stadtschreiber liegt und wichtige Projekte in der Verwaltung nicht umgesetzt werden können. Zusätzliche Ressourcen wird es, wie heute gehört, für das Controlling beim Oberstufenzentrum benötigen. Wir wollen den Stadtrat und die Verwaltung in der Führung entlasten. Der Antrag beschreibt in Kapitel 2 die Auslegeordnung des Vorprojekts. Es umfasst die wichtigsten Fragen und ist gut strukturiert. Die glp ist der Meinung, dass die Liegenschaften bei der Stadt bleiben sollen. Der



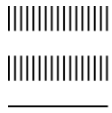
Betrieb der Alterswohnungen ist bei der neuen Seniorenzentrum AG am besten aufgehoben. Im Verwaltungsrat müssen folgende Funktionen vertreten sein: Finanzen und Controlling, Eigentümerschaft (Stadtrat), Medizin und Gesundheit, Pflege, Bau und Technik, Recht sowie Hotellerie und Tourismus. Wichtig ist ein enger Zeitplan für das Vorprojekt. Die Ergebnisse des Vorprojekts sollen im Frühling 2023 vorliegen. Danach kann über einen Zeitplan für die Umsetzung gesprochen werden. Im Rahmen des Vorprojekts hat der Stadtrat die Chance, mit dem Einwohnerrat offener und konstruktiver umzugehen. Wir hoffen, dass der Stadtrat für Gespräche bereit ist, um das Vertrauen in diesem Thema wieder aufzubauen. Die glp unterstützt den Antrag von Tobias Hottiger zur Öffnung der Betrachtung weiterer Rechtsformen.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion hat die Vorlage heftig diskutiert. Ein klarer Auftrag des Einwohnerrats soll nicht umgesetzt werden. Die Fraktion ist gegen den Antrag des Stadtrats. Der Antrag der FDP wird unterstützt.

Christiane Guyer, Stadtammann

Besten Dank für die Voten. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass das Geschäft rege diskutiert wird. Der Stadtrat, das strategische Leitungsgremium, die GL, der Geschäftsführer und das Personal haben das Ziel, den Bewohnenden ein gutes Zuhause zu bieten. Daran wird tagtäglich gearbeitet. Der Erfolg dieser Institution hängt nicht von der Rechtsform ab, wie aktuelle Beispiele aus der Finanzwelt zeigen. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht und zugegebenermassen zu spät reagiert. Er hat die strategischen Herausforderungen unterschätzt. Die Lehren wurden mit der Schaffung des strategischen Leitungsgremiums gezogen. Sämtliche Gesundheitsinstitutionen waren durch die Corona-Situation besonders gefordert. Das strategische Leitungsgremium lehnt sich stark an den VR einer AG an. Eine Eigentümerstrategie wurde definiert. Das Leitungsgremium ist anhand von Fachkriterien besetzt und hat mit viel Arbeit mit monatlichen Sitzungen Wirkung gezeigt. Die Eigentümerstrategie und die Strategie generell wurden zusammen mit der GL erarbeitet. Per September 2022 weist das Seniorenzentrum einen kleinen Gewinn auf. Negative Meldungen in der Presse sind keine mehr zu verzeichnen. Das Vertrauen in die Mitarbeitenden, die GL und das Zentrum generell haben sich stark verbessert. Zu diesem Schluss ist auch eine Prüfung der FGPK gekommen. Die Auslastung ist seit Monaten über 95 %. Das Jahresbudget wird deutlich übertroffen. Wichtig ist, dass die Herausforderungen heute nicht bei der Rechtsform liegen, sondern, dass wir genügend und gutes Personal finden. Wir sprechen von ersten Kosten von CHF 30'000 und von weiteren Kosten von CHF 100'000. Dies wird letztlich von den Bewohnenden bezahlt. Es folgen weitere Fragen, die geklärt werden müssen, wie z. B. das Zusammenspiel mit den Alterswohnungen. Man kann sagen, dass zu wenig Gespräche geführt worden seien. Das nehmen wir auf. Die Motion war aber klar und sehr eng gefasst. Dem Stadtrat war es ein Anliegen, dass man rasch über das Anliegen im Einwohnerrat diskutieren kann. Der ablehnende Antrag mag unkonventionell sein, ist aber offen und ehrlich. Eine Arbeitsverweigerung liegt nicht vor. Der Stadtrat wird auch keine Arbeitsverweigerung machen, wenn der Einwohnerrat den stadträtlichen Antrag heute ablehnt. Das Thema wird genauso seriös behandelt, wie andere Themen. Unter Partizipation verstehen wohl alle etwas Anderes. Es steht für Teilhabe, Beteiligung. Mit dem Vorschlag, das Seniorenzentrum weiterhin als Eigenwirtschaftsbetrieb zu führen, haben wir eine starke Form der Beteiligung. Partizipation hat verschiedene Stufen. Wir müssen dort gemeinsam gestalten, wo es Spielraum gibt und dort entscheiden, wo es klare Vorgaben gibt. Die Herausforderungen liegen wie erwähnt nicht bei der Rechtsform, sondern beim Personal. Eine Anstellung bei der Stadt Zofingen wird in der Rekrutierung immer wieder als grosser Pluspunkt herausgehoben. Ob diese Rechtsform in 10 oder 20 Jahren immer noch richtig ist, ist offen. Wenn es später eine Anpassung braucht, ist der Stadtrat dafür offen. Partout eine AG machen zu wollen, löst uns aber nicht alle Probleme.



Yolanda Senn-Ammann, Einwohnerrätin

Es ist eine etwas verfahrenere Situation. Der Stadtrat ist neu zusammengesetzt. Es geht nicht um Schuld oder Nichtschuld. Wir könnten das ganz einfach lösen, indem Ja zum stadträtlichen Antrag gesagt wird und anschliessend alle an einen Tisch sitzen, um eine gute Lösung zu finden. Die CHF 30'000 könnten im neuen Budget eingestellt und sinnvoll im Seniorenzentrum investiert werden. Ich sage ja zum stadträtlichen Antrag und hoffe auf neue Gespräche.

Luc Zobrist, Einwohnerrat

Mir scheint die Aussage wichtig, dass das strategische Leitungsgremium analog einem VR aufgestellt sei und man deshalb die Vorteile einer AG umgesetzt hätte. Es sind aber die meisten Personen aus Stadtrat und Verwaltung in diesem Gremium. Fachlich stehen hohe Herausforderungen an. Es müssen deshalb vor allem praxisnahe Branchenprofis arbeiten. Dies kann mit einer AG erreicht werden.

Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

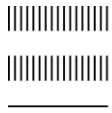
Die Rechtsform löst tatsächlich keine Probleme. Das Seniorenzentrum soll aus der Stadtverwaltung herausgelöst werden, um mehr Flexibilität am Markt zu haben. Das Leitungsgremium hat keinen rechtlichen Rahmen. Bei einer juristischen Person ist die Organisation gesetzlich geregelt und die Aufgaben der Organe definiert. Das wäre wichtig. In der heutigen Situation könnte das Gremium aufgelöst werden. In der Region wird kein einziges Seniorenzentrum als Eigenwirtschaftsbetrieb geführt. Sie sind alle wirtschaftlich erfolgreich unterwegs und scheinen konkurrenzfähig zu sein.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Ich möchte auf drei Punkte eingehen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Diskussion in keiner Art und Weise mit einer Kritik an den Mitarbeitenden oder den Leitungspersonen oder dem Wohl der Bewohnenden zu tun hat. Zweck ist einzig, die politische und strukturelle Führung zu überdenken. Inhaltlich sind die bisherigen Argumente nicht stichhaltig. Sie sind erst dann stichhaltig, wenn man über die eigentliche Rechtsform diskutieren und entscheiden würde. Heute geht es nicht darum. Es geht heute lediglich um eine Vorprüfung für CHF 30'000. Am Bahnhof müssen ebenfalls CHF 30'000 für ein externes Audit aufgewendet werden. Leider hat die politische Führung zum Zeitpunkt der Motionseingabe nicht so gut funktioniert wie heute. Formell ist es falsch, dass man heute anders unterwegs ist als sonst bei Vorstössen, oder sogar unkonventionell. Der Stadtrat hat ein Geschäft aufgrund der Motion vorgelegt. Wir sind auch nicht unkonventionell unterwegs, sondern genau richtig. Wir sind aber in einem Punkt falsch unterwegs. Eine Motion ist das stärkste Instrument des Einwohnerrats. Der Auftrag an den Stadtrat war klar. Wenn man jetzt versucht, mit Abänderungsanträgen die Motion wieder zu verwässern, ist dies der falsche Weg. Zum Antrag des Stadtrats kann man Abänderungsanträge stellen, was die FDP macht. Damit soll die Überprüfung der möglichen Rechtsformen offen angegangen werden können. Stimmen Sie bitte nicht dem stadträtlichen Antrag zu. Damit signalisieren sie, dass man überwiesenen Motionen künftig nicht mehr folgen muss. Stimmen Sie bitte dem Abänderungsantrag der FDP zu.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Es ist ein langes Thema. Ziel ist, eine gute Langfristperspektive im Führungsgremium zu haben. Ziel ist aber auch, dass es kostengünstig ist. Sie macht beliebt, dass man nicht nur die Führung anschaut, sondern auch die Kostenstruktur. Es gehen Gerüchte um, dass PC-Arbeitsplätze der Stadt zu teuer ans Seniorenzentrum belastet werden. Bei den Bewohnenden geht die Angst um, dass sie ihren Platz nicht mehr bezahlen können und Ergänzungsleistungen benötigen. Die juristischen Personen müssen bei einer Prüfung nicht nur die privatrechtlichen Formen umfassen, sondern auch die öffentlich-rechtlichen. Die Ist-Situation ist mit den verschiedensten Rechtsformen zu vergleichen



und könnte durch die Überprüfung der Kostenstruktur, der Führung und der politischen Einflussnahme hierbei verbessert werden.

Salomé Fankhauser, Einwohnerrätin

Die Motion der SP wurde ohne Wissen um den Antrag der FDP eingereicht. Es geht uns allen um's Gleiche. Wir wollen eine breite Prüfung der möglichen Rechtsformen, die zu einer zeitgemässen Lösung führt.

Peter Siegrist, Stadtrat

Eine AG ist nur die Lösung, wenn sie anschliessend verkauft werden soll. Dann ist der Stadtrat auch effektiv entlastet. Die Frage ist aber, ob die Stadt Zofingen dies will. Der Verwaltungsrat einer möglichen AG wird durch den Stadtrat gewählt. Ob dies anschliessend der richtige Verwaltungsrat ist, steht offen. Gibt es Firmen (AGs) seit Jahren, weil sie AGs sind? Nein, sie funktionieren nur mit den Personen, die dahinterstehen. Wenn wir bei der Besetzung des VRs Fehler machen, sind wir wieder gleich weit.

Christiane Guyer, Stadtammann

Ist etwas ratlos. Im Moment scheinen alle am besten zu wissen, was das Seniorenzentrum zum Erfolg führt. Der Stadtrat hat den Auftrag ernst genommen und die Frage einer AG nochmals gut geprüft. Der Stadtrat möchte das Geld, welches in die Vorprüfung investiert werden müsste, nicht ausgeben. Wenn der Einwohnerrat anderer Meinung ist, wird der Stadtrat die Prüfung selbstverständlich vornehmen. Sie weist darauf hin, dass die Umwandlung in eine andere Rechtsform insgesamt ca. CHF 130'000 kosten wird. Beim Bau des Brunnenhofs haben wir uns entschieden, einen qualitativ guten Bau und ein öffentliches Restaurant zu erstellen. Die Stadt hat sich dazu finanziell beteiligt, ausserhalb der Rechnung des Eigenwirtschaftsbetriebs. Die Stadt ist also so oder so mit drin. In der Region gibt es tatsächlich unterschiedliche Organisationsformen. Aarau wollte ebenfalls eine AG machen. Die Bevölkerung hat das Ansinnen abgelehnt. Es gibt die unterschiedlichsten Modelle. Wir müssen ein kostengünstiges Modell wählen, welches eine gute Lebensqualität schafft.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ist auch etwas ratlos. Dem Einwohnerrat darf zugetraut werden, dass er die Vorlage liest und versteht. Es ist klar, dass das Vorprojekt CHF 30'000 kostet. Er kann nicht ganz verstehen, wieso sich der Stadtrat gegen eine Auslegeordnung sträubt. Die Auslegeordnung heisst noch nicht, dass wir eine Umwandlung machen. Der Stadtrat kann immer noch den Antrag stellen, bei einem Eigenwirtschaftsbetrieb zu bleiben. Die CHF 30'000 dürfen im Gesamtkontext eingesetzt werden. Es freut ihn, dass der Rat offensichtlich einen Weg gefunden hat, wie er vorgehen kann. Rückblickend muss er sagen, dass die Motion zu eng formuliert war. Es ist für ihn ok, wenn man die Rechtsformen nochmals fundiert prüft und die beste Form für das Seniorenzentrum findet.

Maja Freiermuth, Einwohnerrätin

Es ist nicht so, dass wir alle im Raum wissen, was wir mit dem Seniorenzentrum machen wollen. Deshalb sind die Vorstösse entstanden. Der Stadtrat hätte auch eine Prüfung der Rechtsformen beantragen können, oder auf den Motionär zugehen um zu verstehen, was wirklich gefragt war.

Christiane Guyer, Stadtammann

Der Stadtrat hat bereits bei der Überweisung darauf hingewiesen, dass diese als Postulat überwiesen werden soll, damit sie weiter gefasst werden kann. Der Einwohnerrat hat den Vorstoss als Mo-

tion und eng umschrieben überwiesen. Der Stadtrat weigert sich nicht. Er hat eine Haltung, eine Einschätzung gemacht und einen Antrag gestellt und setzt sich dafür ein. Wenn der Einwohnerrat ein erweitertes Grobkonzept will, wird dies selbstverständlich gemacht.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Es wurde gesagt, dass die CHF 30'000 lieber ins Personal investiert würden. Wird der Lohn denn gekürzt, wenn der Einwohnerrat das Geld ausgibt?

Christiane Guyer, Stadtkammann

Nein, sicher nicht. Bspw. sind die Zulagen seit 2004 unverändert, was nicht konkurrenzfähig ist. Eine Anpassung ist notwendig. Es geht darum, das vorhandene Geld möglichst gut im Seniorenzentrum zu investieren.

Yolanda Senn-Ammann, Einwohnerrätin

Bis heute Abend war der Auftrag klar. Es war immer von einer AG die Rede. Die Aussage von Maja Freiermuth stimmt also nicht ganz. Aarau hat auch schon viel Geld ausgegeben. Kann man nicht einfach Aarau anfragen und Einsicht in die dortigen Akten nehmen?

Christiane Guyer, Stadtkammann

Selbstverständlich haben wir den Kontakt zu Aarau. Wir müssen aber die Abklärungen spezifisch auf die Situation des Seniorenzentrums vornehmen. Die Abklärungen kosten Geld und benötigen Zeit.

Detailberatung

Peter Siegrist, Stadtrat

Ich habe verstanden, dass die Stadt ebenfalls eine juristische Person (des öffentlichen Rechts) ist.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

Gegenüberstellung Antrag Stadtrat gegen Antrag Tobias Hottiger (FDP/ZM):

Antrag Stadtrat

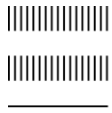
Auf eine Umwandlung des Seniorenzentrums in eine Aktiengesellschaft sei zu verzichten und ein Verpflichtungskredit von CHF 30'000 zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Seniorenzentrum für die Erarbeitung eines Vorprojekts zur Umwandlung des Seniorenzentrums in eine Aktiengesellschaft sei entsprechend nicht zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 2 Stimmen zugestimmt.

Antrag Tobias Hottiger (FDP/ZM)

Das Seniorenzentrum sei in eine juristische Person umzuwandeln. Ein Verpflichtungskredit von CHF 30'000 zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Seniorenzentrum für die Erarbeitung eines Vorprojekts zur Umwandlung des Seniorenzentrums in eine juristische Person sei entsprechend zu bewilligen.

Dem Antrag von Tobias Hottiger (FDP/ZM) wird mit 33 Stimmen zugestimmt.



Der Antrag von Tobias Hottiger (FDP/ZM) obsiegt und geht in die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Das Seniorenzentrum sei in eine juristische Person umzuwandeln. Ein Verpflichtungskredit von CHF 30'000 zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Seniorenzentrum für die Erarbeitung eines Vorprojekts zur Umwandlung des Seniorenzentrums in eine juristische Person sei entsprechend zu bewilligen.

Dem Antrag wird mit 29:3 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Der Vorstoss ist auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 4 – Umfrage

Hinweis zur Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Andreas Rüegger, Vizeammann

Antwort auf die noch offene Frage von der letzten Sitzung zur Baustelle Pommerngut: Bei der Baustelle gab es ca. 3,5 Wochen Verzögerung. Einerseits wurde der Wunsch aufgenommen, dass der Weg während dem Kinderfest begehbar sein soll, was zu Verzögerungen führte. Es wurde zudem eine sichere Passage für die Schulkinder eingerichtet, statt eine Umleitung zu machen. Zudem gab es Anpassungen bei Randsteinen und Abwasserschächten. Dies hat zu Verzögerungen geführt.

Maja Freiermuth, Einwohnerrätin

Im Bereich GMS wurden mindestens zwei alte Abfalleimer entfernt. Werden diese ersetzt oder fallen diese weg?

Andreas Rüegger, Vizeammann

Die alten Eimer wurden abgehängt, weil nicht vandalensicher. Es werden künftig neue Eimer, Typ "Abfallhai", aufgestellt.

René Schindler, Einwohnerrat

Ist die Umgestaltung des Teichs auf dem Friedhof Bergli wirklich nötig (liest einen Brief eines Einwohners vor)?

Christiane Guyer, Stadtammann

Es erfolgt eine naturnahe Umgestaltung. Goldfische fressen Amphibien. Es wird nach wie vor ein Biotope geben, bei dem man Lebewesen und Seerosen beobachten kann.

Yolanda Senn-Ammann, Einwohnerrätin

Woher stammen die für die Weihnachtsbeleuchtung vorgesehenen Laternen?

Christiane Guyer, Stadtammann

Wir prüfen diese Frage und reichen die Antwort nach.



Attila Gyga, Einwohnerrat

Wie sieht es bezüglich Lichtverschmutzung und Kirche aus? Wird die Beleuchtung in der Nacht abgestellt?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Lichtverschmutzung ist ein grosses Thema im Plan Lumière ausserhalb Altstadt. Pulverturm und Amtshäuser sind ausgeschaltet. Die Kirchengemeinde hat zugesagt, das Licht an der Kirche in naher Zukunft zu löschen.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Wann ist der Bericht zum Vorstoss zur Unterzeichnung der Lohncharta zu erwarten? Kann bereits etwas zu den schon umgesetzten und noch vorgesehenen Massnahmen gesagt werden?

Christiane Guyer, Stadtammann

Im Jahr 2021 wurden eine Gehaltsanalyse und eine Lohnvergleichsanalyse gemacht. Gestützt darauf haben 41 strukturelle Anpassungen stattgefunden; vier davon aufgrund der Lohnvergleichsanalyse. Es gab darunter auch einen Fall, wo ein Mann im Vergleich zu den Frauen weniger verdient hat. Aus Ressourcengründen konnte der Bericht noch nicht erstellt werden. Er wird aber folgen. Im Jahr 2024 wird die Gehaltsanalyse und die Lohnvergleichsanalyse nochmals durchgeführt, um die ergriffenen Massnahmen zu überprüfen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Gibt es ein neues Lokal für die Luftpistolenschützen in Zofingen? Wurde eine Alternative seitens Stadt angeboten?

Rahela Syed, Stadträtin

Wir sind im Kontakt mit den Schützen. Eine Alternative im Werkhof kam nicht zu Stand, weil die Abstände offenbar nicht genügend gross waren. Umbaumassnahmen wären sehr teuer gewesen. Momentan sind die Schützen in Strengelbach, dies ist so abgemacht. Wir sind auf der Suche. Die Lösung ist aber nicht ganz einfach.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Zum Schluss verabschiedet der Ratspräsident die zurücktretende Viviane Hösli mit einer kurzen Würdigung ihrer Laufbahn aus dem Rat. Er dankt anschliessend für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 21. November 2022 hin und schliesst die Sitzung um 21.30 Uhr.

Zofingen, 14. November 2022

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Dr. Christian Nöthiger
Ratspräsident



Dr. Fabian Humbel
Protokollführer